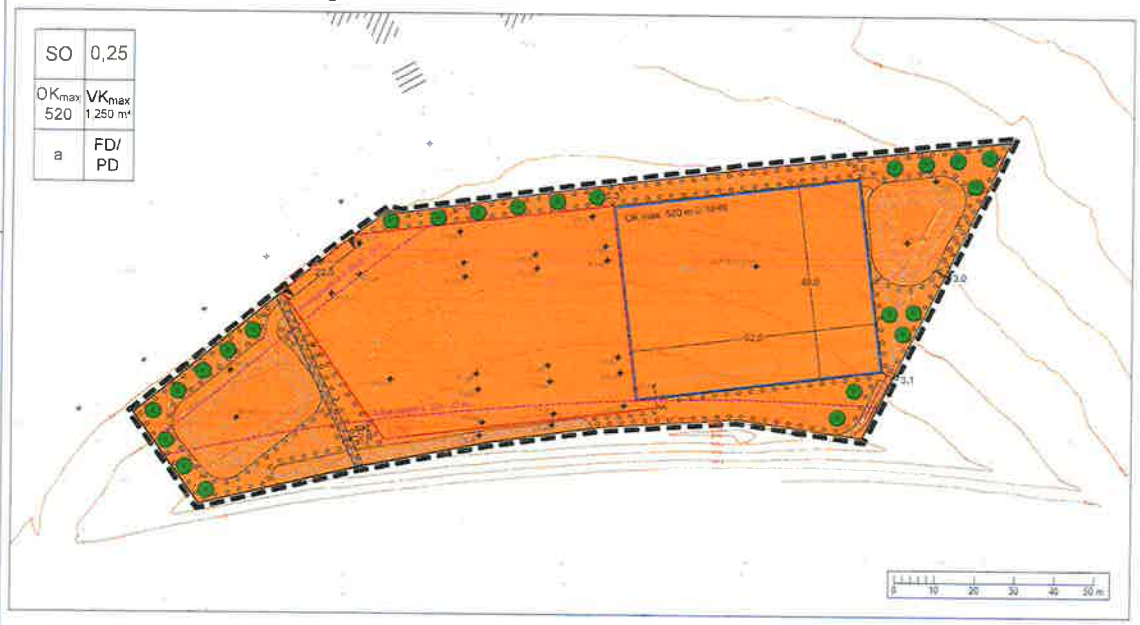
Bebauungsplan „Strümpfelbrunn-Ost“
Sonstiges Sondergebiet „Großflächige Einzelhandelsbetriebe“



Zeichnerische Festsetzungen

Abkürzungen der Nutzungsschablone

SO 0,25	Art der baulichen Nutzung / Grundflächenzahl
OK max 520	Höhe baulicher Anlagen / Vollgeschosse
a	Bauweise
FD/PD	Dachform / Dachneigung

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 10+11 BauNVO)

- SO — Sonstiges Sondergebiet (§ 11 BauNVO)
- SO GR 1.250 — Zulässige Grundfläche max. 1.250 m² (GR max. 1.250)
- SO OK max 520 — Zulässige Dachfläche max. 520 m² (OK max. 520)

Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

- a — Abweichende Bauweise
- Baugrenze

Verkehrsflächen und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- Bereich für Zufahrt/Ausfahrt

Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

- Anpflanzung von Bäumen
- Umgrünung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze mit ihren Zufahrten (hier Tiefgaragen) (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- Zweckbestimmung: St = Stellplätze mit ihren Zufahrten; Ga = Tiefgaragen
- Mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Nachrichtliche Übernahme
(§ 9 Abs. 6 BauGB)

- Bauverbotszonen gemäß § 22 StrG Baden-Württemberg

Zeichnerische Hinweise

- Vorhandene Gebäude
- Flurstücksgrenze
- 1095/1 — Flurstücksnummer
- Einzelbaum in Reihe
- Höhenkote Straßenachse in m ü. NHN (Bestand)
- Höhenkoten Gebäudehöhe in m ü. NHN (Bestand)
- Höhenkote Oberfläche in m ü. NHN (Planung)
- Geplante Fahrbahnbreite in m
- Unterirdische Straßenwasserableitung (Bestand)
- Unterirdische Kanalleitungen (Planung)

Textliche Festsetzungen

1 Planungsrechtliche Festsetzungen

1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 1 BauNVO)

Sonstiges Sondergebiet (SO) „Großflächige Einzelhandelsbetriebe“ (§ 11 BauNVO)

Als Art der baulichen Nutzung wird ein Sonstiges Sondergebiet (SO) gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Großflächige Einzelhandelsbetriebe“ festgesetzt.

Das Sondergebiet (sonstiges Sondergebiet) dient der Unterbringung großflächiger Einzelhandelsbetriebe in Form von Lebensmittelvollsortimenten zur wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung und eines Getränkemarktes des täglichen Bedarfs.

Die maximal zulässige Gesamtverkaufsfläche beträgt 1.250 m² (brutto).

Zulässig sind

- Lebensmittelvollsortimente für Nahrungs- und Genussmittel, Gegenstände des täglichen Bedarfs sowie Randsortimente sonstiger Warengruppen mit einem Anteil von maximal 10 Prozent der Gesamtverkaufsfläche,
- Nebenbetriebe (Backstationen) (Bedeutung im Rahmen der maximal zulässigen Verkaufsfläche), wie den Einzelhandelsbetrieb ergänzende oder in seinem Umfang notwendige Nebenbetriebe,
- Angemessene Geschäftsräume (m. Stellplätze) und Nebenanlagen.

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 19+21a BauNVO)

1.2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

Eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch Stellplätze mit ihren Zufahrten im Sinne des § 19 Abs. 4 BauNVO sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO ist gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO bis zu einer Überschreitung von 0,7 zulässig.

1.2.2 Höhe baulicher Anlagen

Als maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen gemäß § 16 BauNVO ist die Oberkante der Dachkonstruktion festgesetzt. Bei einem Sheddach ist der oberste Dachabschluss der höchste Punkt.

Die höchstzulässige maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen darf durch untergeordnete, über die Dachkonstruktion hinausragende Bauteile wie Lichtkuppeln, Lüftungsanlagen, Schornsteine und PV-Aufdachanlagen nicht überschritten werden. Der Abstand der untergeordneten Bauteile zu den Dachrändern muss mindestens 1,5 m betragen.

2.1 Baumarten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, § 22 BauNVO)

Im Sonstigen Sondergebiet (SO) sind pro abgewandte Bauweise (a) gemäß § 1.1 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Für jeweils 6 Stellplätze ist ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen. Gepflanzt werden sollen Bäume 2. Ordnung, Stammumfang 18-20 cm, mit einer Mindestpflanzfläche von 12 m² und einer Mindestbreite von 2,5 m.

1.4 Flächen für Stellplätze mit ihren Zufahrten und Nebenanlagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 Abs. 1 BauNVO)

Stellplätze mit ihren Zufahrten im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie innerhalb der mit „St/Ga“ gekennzeichneten Fläche zulässig.

Werbeanlagen und entsprechende Nebenanlagen, die der Werbung des Lebensmittelmarktes dienen und auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie der mit „St/Ga“ gekennzeichneten Fläche zulässig.

1.5 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der Feldlerche (CEF-Maßnahmen)

Der Eingriffen des Bebauungsplanes wird im Sinne des § 15 Abs. 1a BauGB der 1.500 m² umfassende CEF-Fläche 01 in der Gemarkung Strümpfelbrunn, Flur 0, Flst. Nrn. 329 zum 661 (teilweise) außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans zugeordnet (siehe Aufgabe 1).

Abbildung 1 CEF-Fläche 01 in der Gemarkung Strümpfelbrunn, Flur 0, Flst. Nrn. 661 und 661 (ist im Bebauungsplan schraffiert)

Innerhalb der CEF-Fläche 01 sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

Anlage einer Dunkelzone

Vor Beginn der Bauarbeiten ist die CEF-Fläche bis zum Abschlussbericht gerichtlich Herbizid- und Pestizidfrei abzusetzen.

Spätestens Mitte der Sommerzeit zwischen November und Februar einer Erstellung von oberirdischen Strukturen als Sichtschutz für Feldlerchen. Bis der gehölzfreie Raum zu Hecke zu Hecke der Fläche zu messen sind zu mindestens 100 Meter nach Nordwesten der Hecke zu entfernen.

Anlage einer Schwarzbrache

Vor Beginn der Baggerarbeiten ist ein westlichen Randstreifen (Flst. Nr. 661) von ca. 3 m Breite brachen als Schwarzbrache anzulegen. Der Streifen ist einmal im Jahr zwischen der Vegetationszeit im Zeitraum von 1. Oktober bis 28./29. Februar zu grubbern.

1.6 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die mit „GFL“ bezeichnete Fläche ist mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu einer Breite von 2,0 m zugunsten des Betreibers der Straßenwasserableitung zu belasten.

1.7 Ausführung von Bauten, Grünanlagen und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Flächen und Pflanzbindungen

Innerhalb der durch Planzeichen festgesetzten Fläche für Gehölzpflanzungen sind Neuanlagen der standortgerechten, nicht gebietsfremden Laubgehölze mit einer Pflanzdichte von durchschnittlich 1,5 m, mehr als 2 Reihen, versetzt zu pflanzen. Gesamtfläche zu erhalten. Ausfälle sind zu ersetzen. Anlage und Pflanzliste 1). Der Umfang der festgesetzten Bäume kann um bis zu 20 % verringert werden.

Innerhalb der durch Planzeichen festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind auf mindestens 10 Prozent der Fläche gebietsheimische Sträucher in Gruppen von mindestens 10 Stück zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten und bei Verlust zu ersetzen (siehe Pflanzliste 1).

Erhalt der Gehölzstreifen und Hecken

Die Gehölzstreifen und die Laubbaumreihe entlang der Landesstraße sind dauerhaft zu erhalten. Ausfälle sind durch standortgerechte Gehölze zu ersetzen.

Artenliste 1 (Heimischer Laubbaum)

Acer platanoides (Spitz-Ahorn)	Carpinus betulus (Hainbuche)
Acer pseudoplatanus (Berg-Ahorn)	Malus sylvestris (Wildapfel)
Alnus glutinosa (Schwarz-Erle)	Prunus avium (Vogelkirsche)
Betula pendula (Hänge-Birke)	Pyrus pyraster (Wildbirne)

Sträucher (Heimischer Strauch)

Cornus sanguinea (Hartriegel)	Ligustrum vulgare (Liguster)
Corylus avellana (Haselnuss)	Lonicera xylosteum (Heckenkirsche)
Crataegus monogyna (Weißdorn)	Prunus spinosa (Schlehe)
Euonymus europaeus (Pfaffenhütchen)	Rosa canina (Hunds-Rose)
Frangula alnus (Faulbaum)	Salix caprea (Salweide)
Hedera helix (Efeu)	Sambucus nigra (Schwarzer Holunder)
Ilex aquifolium (Stechpalme)	Sambucus racemosa (Traubenholunder)
Lonicera caprifolium (Jelängerjelieber)	Viburnum opulus (Gemeiner Schneeball)

1.8 Zuordnung von Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich (§ 9 Abs. 1a S. 2 in, § 1a Abs. 3 BauGB)

Für den Eingriff in Natur und Landschaft sind ein Ausgleich außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans erbracht.

Den Eingriffen des Bebauungsplanes werden gemäß § 9 Abs. 1a Satz 2 in Verbindung mit § 1a Abs. 3 Satz 3 BauGB die 1.500 m² umfassende CEF-Maßnahme, auf der 1.500 m² große CEF-Fläche 01 in der Gemarkung Waldbrunn, Gemarkung Strümpfelbrunn, Flur 0, Flst. Nrn. 329 und 661 (teilweise), sowie anteilig 11 a 63 m² Ökopunkte aus dem genehmigten Maßnahmenkonzept – Umwandlung von Ackerland in naturnahe Laubwaldflächen (Flst. 1.256 Bu, Bu), auf der im Ökokonto der Naturschutzverwaltung vorgehaltenen Fläche 4.640 m² im besonderen Fläche in der Gemarkung Mudau, Gemarkung Steinbach, Flur 0, Flst. Nr. 1095 zugeordnet.

2 Örtliche Bauvorschriften (§ 74 LBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

2.1 Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Im Sondergebiet sind nur (SO) und Flachdächer mit einer Dachneigung bis maximal 10° und Pultdächer mit einer Dachneigung bis maximal 30° zulässig.

Dachflächen sind mit Zusammenschlussflächen ab 50 m² sind nur mit einer Begrünung zulässig. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten und bei Ausfall zu ersetzen. Die Begrünung ist mindestens 10 cm zu bemessen. Die Begrünung ist mindestens 10 cm zu bemessen. Technische Dachaufbauten und Photovoltaikanlagen sind zulässig.

2.2 Werbeanlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung zulässig.

Im Bereich des Anbauverbots, längs der Landesstraße 524 in einem Abstand von 20 m und länge der Anschlussstelle 2020 in einem Abstand von 15 m – zum Grünstreifen gemäß § 22 Abs. 1 und Abs. 2 StrG unzulässig. Hier ist ausgenommen sind die Einfahrtsbereich im Bereich der Zufahrt an der Kreisstraße 2020.

Werbeanlagen an Gebäuden dürfen nicht über die Oberkante der Dachkonstruktion hinausragen.

Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht sowie Leuchtwerbung in Blinkschaltungen sind unzulässig.

Alle Werbeanlagen sind mindestens wie folgt zu gestalten:

- als Pylon (ist eine maximale Höhe von 8,0 m,
- Zwei Einfahrtsbereiche mit einer Höhe von max. 3,5 m
- Die Werbeflächen sind eine Höhe von max. 4,5 m.

2.3 Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Die unbebauten Flächen bebauter Grundstücke sind, soweit sie nicht für notwendige Wege, Zufahrten und Stellplätze benötigt werden, zu begrünen. Der Bewuchs ist zu pflegen. Der Bewuchs ist zu pflegen und durch standortgerechte, heimische Arten zu ersetzen. Kies- und Schottergärten sind unzulässig. Hiervon ausgenommen sind Trockenbeete und Steingärten mit einer maximalen Größe von 5,0 m².

2.4 Anlagen zum Sammeln von Abfall (§ 74 Abs. 1 Nr. 4 LBO)

Für gewerbliche Müllbehälter sind Müllboxen oder in Gebäude integrierte Müllräume zu errichten.

3 Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Wasserschutzgebiet

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt innerhalb der Zone III des Wasserschutzgebietes, Einzugsgebiet Buchenbrunn, Rinschheverd und Talmühle (Nr. 427.121). Die Rechtsverordnung vom 12. 12. 1990 ist zu beachten.

4 Hinweise

4.1 Archäologische Bodenfunde

Sollten bei der Durchführung der vorgesehenen Arbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden. Die Fundstelle ist eine Woche lang in der Form zu sichern, dass weitere Untersuchungen durchgeführt werden können. Die Entscheidung über Dauer und Umfang dieser Untersuchungen trifft die zuständige Behörde. Bis zu deren Entscheidung sind die Fundstelle und der Fundgegenstand unverändert zu belassen. Außerdem ist der Fundgegenstand pfleglich zu behandeln. Funde sind unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden. Fundstelle und Fundgegenstand sind bis zum Ablauf einer Woche nach Meldung unverändert zu belassen, sofern nicht vorher die Genehmigung zur Fortsetzung der Arbeiten erteilt wird. Die Meldung kann auch bei der Gemeinde erfolgen, die sie unverzüglich der zuständigen Behörde zuleitet. Auf die Ablieferungspflicht und das Eigentumsrecht des Landes an Bodenfunden sowie auf die Haftung nach §§ 3 und 6 des Gesetzes zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz – DSchG) vom 6. Dezember 1983 wird hingewiesen.

4.2 Altlasten

Es sind keine Altlasten, Altablagerungen, Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder verunreinigten Flächen bekannt. Sollten sich im Rahmen der Bauarbeiten Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Altlasten ergeben, ist die Angelegenheit unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden und mit dieser die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

4.3 Artenschutz

Die Vermeidungsmaßnahmen gem. §§ 44 ff. des BNatSchG sind verpflichtend zu beachten. Im Zuge der Baufeldfreimachung ist insbesondere folgendes zu beachten: Gehölzrodungen sind außerhalb der Vogelbrutsaison, d.h. ausschließlich im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28./29. Februar durchzuführen.

Die Verwendung von Spitzstrahlern im Baufeld (weiße Leuchten mit einem Farbton über 2.700 Kelvin) ist zu vermeiden. Stattdessen sind insektenfreundliche Leuchtmittel mit warmweißem Licht (max. 2.700 Kelvin) zu verwenden. Die Beleuchtung ist möglichst niedrig anzubringen und nach unten abzuschirmen, um Lichtemissionen in angrenzende Lebensräume zu minimieren.

Zur Gewährung der Fauna (Insekten und Vögel) durch Lichtverunreinigungen sind Leuchtmittel so zu wählen, dass sie durch die Auswahl entsprechender Lichtfarbe/-stärke artgerecht sind.

4.4 Entwässerung

Die Entwässerung der Flachgründach schlägt im Trennsystem. Das anfallende Schmutzwasser wird an die entlegenen Kanalisation des Ortsteils Strümpfelbrunn angeschlossen. Die Niederschlagswasser der Dächer und Parkflächen wird gesammelt und in Rückhaltebecken gespeichert und gedrosselt. Die Einleitung in den Vorfluter erfolgt über die Straßenwasserableitung.

Die Rückhaltung des Niederschlagswassers auf den Flachdächer erfolgt über die Dachkonstruktion. Die Einleitung in den Vorfluter erfolgt über die Straßenwasserableitung.

Für die Niederschlagswasserversickerung ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich, die zusammen mit Bauantrag einzureichen ist.

4.5 Grundwasserschutz

Die Grundwasserabsenkung ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Eventuell anfallendes Grundwasser ist ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Einleitung von Grundwasser in die Kanalisation ist nicht zulässig.

Falls bei Baugruben unter dem regelmäßigen Grundwasser angetroffen wird, ist dies der zuständigen Wasserbehörde unverzüglich mitzuteilen. Die Anlagen sind anzuzeigen.

Die Errichtung und der Betrieb von Grundwasserwärmepumpen und Erdsondenfeldern (Erdwärmesammlungen) ist zulässig.

5 Rechtsgrundlagen

1. Baugesetzbuch (BauGB)
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO)
3. Planzeichenverordnung (PlanZV)
4. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)
5. Gemeindeordnung (GemO)
6. Straßengesetz des Landes Baden-Württemberg (StraßenG)
7. Kommunalabgabengesetz (KAG)
8. Naturschutzgesetz (NatSchG)
9. Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
10. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)
11. Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG)
12. Verordnung über die Darstellung der Bauleitpläne (PlanZV)

Die Grundlagen können beim Bauamt der Gemeinde eingesehen werden.

Verfahrensablauf und Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB) ..... (Datum)

Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 BauGB) ..... (Datum)

Ortsübliche Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) ..... (Datum)

Frühzeitige öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 1 BauGB) ..... vom ... bis ...

Frühzeitige Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB) ..... vom ... bis ...

Beschluss über das Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Abwägung der Anregungen ..... (Datum)

Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) ..... (Datum)

Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) ..... vom ... bis ...

Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB) ..... vom ... bis ...

Beschluss über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung und der Behördenbeteiligung, Abwägung der Anregungen ..... (Datum)

Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat (§ 10 Abs. 1 BauGB) ..... (Datum)

Waldbrunn, den _____

Bürgermeister

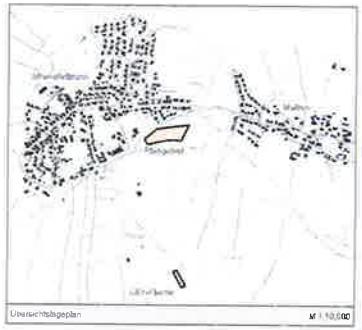
Die Bebauungsplansatzung entstand aus der Planerstellung, den baulichen Festsetzungen und der Begründung mit städtischem Gestaltungsrat entworfen.

Waldbrunn, den _____

Bürgermeister

Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB) am _____
Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.

Bürgermeister



Übersichtslageplan M 1:10.000

JESTAEDT
Ingenieurgesellschaft mbH
Büro für Planung, Landschaftsarchitektur
55130 Mainz • Gutenbergstraße 12b

N

Planungsträger
Gemeinde Waldbrunn
Alte Marktstraße 4
69429 Waldbrunn

Bebauungsplan „Strümpfelbrunn-Ost“ (Entwurf)

Gemarkung	Strümpfelbrunn
Flurstücke	329 u. 661 (teilweise)
Größe	1,25 ha
Maßstab	1:500
Datum	07.05.2025
Projekt-Nr.	07.05.25
Blatt-Nr.	1